

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 13.01.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)
Bitte geänderten Sitzungsort beachten!!

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider
Frau Heike Wießner
Frau Ute Haupt
Herr Hendrik Lange
Herr René Trömel
Frau Hanna Haupt
Herr Klaus Hopfgarten
Frau Ilona Hackel
Herr Dr. Hendrik Kluge
Frau Katja Raab
Frau Sabine Wolff
Frau Dr. Inés Brock
Herr KR Ralf Berger
Herr Torsten Bognitz
Herr Leonhard Dölle
Frau Beate Gellert
Frau Antje Klotsch
Herr Uwe Kramer
Frau Anna-Maria Manser
Frau Peggy Rarrasch
Herr Tobias Kogge
Frau Katharina Brederlow
Frau Petra Schneutzer
Herr Zwakhoven

Vertretung für Frau Schubert

Vertretung für Frau Kaupke

Entschuldigt fehlen:

Frau Carola Messerschmidt
Frau Anja Pohl
Herr Ernst-Christoph Römer
Frau Carmen Wiebach
Herr Klaus Adam
Frau Dr. Regine Stark
Herr Oliver Paulsen
Herr Richter Bruno Glomski
Frau Renate Leonhard
Herr Philipp Pieloth
Herr Max Privorozki
Frau Helga Schubert
Frau Susanne Wildner
Frau Uta Kaupke

vertreten durch Frau Manser

vertreten durch Herrn Zwakhoven

Kinder- und Jugendsprechstunde

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 02.12.2010
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Bericht des Kinder- und Jugendrates zum Projekt "Spielplatztester"
6. Beschlussvorlagen
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplanes Halle - Hallianz für Vielfalt"
Vorlage: V/2010/09091
 - 7.1.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplans Halle- Hallianz für Vielfalt"
Vorlage: V/2010/09303
 - 7.2. Antrag des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zum Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule
Vorlage: V/2010/09228
 - 7.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ferienangebote für Kinder und Jugendliche
Vorlage: V/2010/09239
 - 7.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Jugendhilfeplanung
Vorlage: V/2010/09410
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
10. Themenspeicher
11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
12. Anregungen

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Zur Kinder- und Jugendsprechstunde gab es keine Wortmeldungen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Wolff fragt zum Tagesordnungspunkt 7.4 an, ob dieser noch notwendig sei.

Herr Trömel antwortet, dass dieser zur Unterstützung dessen dient, was eigentlich schon beschlossen wurde und dass der Antrag aufrecht erhalten wird.

Die Tagesordnung wurde ohne Änderungen bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 02.12.2010

Die Niederschrift vom 02. Dezember 2010 wurde bestätigt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung am 02. Dezember 2010 wurde ein geänderter Beschluss zum Antrag des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zu den Prioritäten von Einrichtungen und Diensten in der Jugendhilfe der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2011 gefasst:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt unter dem Haushaltsvorbehalt 2011 die Prioritäten von Diensten und Einrichtungen der Jugendhilfe sowie deren Förderung in folgenden Teilbereichen:

- Teilbereich I - jugendhilfeübergreifende Angebote
- Teilbereich II - Jugendsozialarbeit (§ 13 SGB VIII) und Kinder- und Jugendschutz (§ 14 SGB VIII)
- Teilbereich III - übergreifende Jugendarbeit (§ 11 SGB VIII) und Familienbildung (§16 SGB VIII)

- Teilbereich IV - Standards in den Sozialräumen mit Jugendbegegnungszentren (§ 11 SGB VIII) und Familienbildungsstätten (§ 16 SGB VIII) als Standardleistungen
- Teilbereich V - Leistungen im SR-Bezug

Mit einer Gesamtsumme von mindestens 2.220.859 €.

2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, mit Bekanntwerden des Bescheides des LSA zum Fachkräfteprogramm eine entsprechende Beschlussvorlage zu erarbeiten.

3. Die Träger der freien Jugendhilfe erhalten vorbehaltlich der Haushaltslage 2011 einen vorzeitigen Maßnahmebeginn.

zu 5 Bericht des Kinder- und Jugendrates zum Projekt "Spielplatztester"

Emma Hanke vom Kinder- und Jugendrat stellt den Bericht der Spielplatztester vor.

Frau U. Haupt wünscht sich, dass das Ergebnis auch für andere sichtbar ist und fragt nach wo diese Ergebnisse in städtische Planung einfließt.

Emma Hanke antwortet, dass die Ergebnisse auf www.halle.de veröffentlicht werden. **Frau Eggert-Mauer** ergänzt, dass das Gespräch mit dem Planungsausschuss im Februar stattfindet.

Herr Schachtschneider fragt nach, ob auch die anderen Spielplätze turnusmäßig in der Überprüfung sind und ob es nicht sinnvoll wäre die Spielplatzpaten mit einzubeziehen.

Frau Eggert-Mauer antwortet, dass man sich einen Turnus von 3 Jahren vorgenommen hat um die Spielplätze zu testen, die Einbeziehung der Spielplatzpaten ist eine gute Idee, die man beim nächsten Mal mit umsetzt.

Frau Wolf fragt, ob es Ideen gibt, die Nutzer der Spielplätze zu animieren ihren Müll nicht auf den Spielplatz zu schmeißen.

Emma Hanke antwortet, dass man hier beispielsweise eine Plakataktion starten könnte.

Frau Dr. Brock fragt zum Stand der Spielplatzsteckbriefe nach.

Frau Eggert-Mauer antwortet, dass die Spielplatzsteckbriefe vom Grünflächenamt herausgegeben werden. **Herr Deckert** ergänzt, dass es sich hier um zwei verschiedene Dinge handelt. Der Kinder- und Jugendrat engagiert sich als Spielplatztester und das Grünflächenamt ist für die Sponsorsuche für die Spielplätze zuständig.

Die Frage wird mitgenommen und von der Verwaltung beantwortet.

Herr Kogge und Frau H. Haupt bedanken sich für den engagierten Einsatz des Kinder- und Jugendrates in diesem Projekt.

zu 6 Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen im öffentlichen Teil vor.

zu 7 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 7.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplanes Halle - Hallianz für Vielfalt" Vorlage: V/2010/09091**

Frau H. Haupt hält diesen Antrag für erledigt, da die Verwaltung bereits danach handelt.

Frau U. Haupt fragt nach, ob im Sinne des Antrages das Projekt so von der Verwaltung umgesetzt wird, auch die Personalstelle betreffend.

Frau Brederlow antwortet, dass es eine abschließende Berichterstattung zum LAP im Stadtrat geben wird. Das Fortsetzungsprojekt geht noch stärker in die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Eine regelmäßige Berichterstattung ist im Präventionsrat und im Stadtrat vorgesehen. Eine neue Personalstelle wird nicht möglich sein, die inhaltliche Anbindung soll an die Stelle Kinder- und Jugendbeauftragter (mit 5 bis 10 Wochenstunden) +- erfolgen

Frau U. Haupt zieht den Antrag daraufhin zurück.

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Zur Weiterführung des „Lokalen Aktionsplanes Halle – Hallianz für Vielfalt“ beschließt der Stadtrat:

1. Die Einrichtung eines Projektfonds von mindestens 20.000 Euro ab 2011.
2. Die Benennung eines Ansprechpartners in der Stadtverwaltung für die Koordinierung lokaler Strategien zur Rechtsextremismusprävention und Demokratieentwicklung.
3. Die jährliche Berichterstattung zur Erfüllung des „Lokalen Aktionsplanes“ im Stadtrat.

zu 7.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplans Halle- Hallianz für Vielfalt"
Vorlage: V/2010/09303

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Text des Antrages wird geändert in:

Zur Weiterführung des „Lokalen Aktionsplans Halle- Hallianz für Vielfalt“ beschließt der Stadtrat:

1. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich an der Ausschreibung des Programms zur Sicherung der Nachhaltigkeit der integrierten, lokalen Strategie der bestehenden lokalen Aktionspläne im Rahmen des Programms „VIELFALT TUT GUT“.
2. In der Stadtverwaltung wird eine Stelle mit 20 Stunden eingerichtet, die für die Koordinierung der Aktionspläne und die Sicherstellung der Nachhaltigkeit verantwortlich ist.
3. 1x jährlich erfolgt eine Berichterstattung im Präventionsrat.

zu 7.2 Antrag des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zum Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule
Vorlage: V/2010/09228

Herr Lange erläutert die Hintergründe zu seinem Antrag.

Frau Brederlow gibt die Info vom Stadtplanungsamt, dass dieses den Antrag für erledigt ansieht.

Frau Dr. Brock meint dazu, dass ein Konzept ja wohl erst dann erledigt sein kann, wenn es vorliegt und umgesetzt wurde.

Herr Schachtschneider unterstützt den Antrag.

Frau Wolf ist der Meinung, dass man über die Ideen zur Einbeziehung auch von älteren Menschen nachdenken sollte.

Herr Dölle unterstützt den Antrag und fragt nach, ob nicht die Quartiersrunde mit einbezogen werden könnte.

Frau Dr. Brock findet eine generationenübergreifende gemeinschaftsfähige Sportanlage gut.

Frau Raab ist der Meinung der Antrag sollte abgelehnt werden, da, wenn die Stadt den Auftrag zur Umsetzung erhält, dieser nicht mehr von der ARGE mit dem 2. Arbeitsmarkt umgesetzt werden kann.

Herr Kogge macht das Angebot noch mal mit Dezernat II zu sprechen Beteiligungsformen stärker zu nutzen.

Herr Lange antwortet, genau das war seine Intention des Antrages, dass eine gemeinsame Ideenentwicklung mit Nutzern und Anwohnern passiert. Damit die Stadt noch Zeit zur Umsetzung hat soll Stadt bis Februar nun bis Juni 2011 berichtet werden und die Stadt soll bis dahin die Umsetzungsmöglichkeiten prüfen.

Der geänderte Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule (Harzgeroder Straße) zu erstellen und ~~umzusetzen~~ **Umsetzungsmöglichkeiten zu prüfen**. Dabei sollen auch die Nutzer des Cliquentreffs „Schnatterinchen“ und die AnwohnerInnen mit einbezogen werden.

Die Stadtverwaltung prüft dabei, inwieweit bei der Umgestaltung generationenübergreifende Spiel- und Sportmöglichkeiten installiert werden können.

Die Stadtverwaltung berichtet dem Stadtrat spätestens im ~~Februar~~ **Juni** 2011 über das Konzept und ~~den Stand über die Möglichkeiten~~ der Umsetzung.

**zu 7.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ferienangebote für Kinder und Jugendliche
Vorlage: V/2010/09239**

Frau Brederlow teilt zu dem Antrag mit, dass hier eine Aufgabenerweiterung bei einem Angebot eines Freien Trägers eintritt, dass entsprechend finanziert werden muss. Veränderungen im Bereich der Fördermittel sind dadurch vorprogrammiert.

Herr Schachtschneider sieht nicht, dass hierfür große Verschiebungen im Bereich der Fördermittel notwendig sind, so groß sei der Aufwand nicht.

Frau Wolf fragt an, ob denn bei Youthpool überhaupt ein Interesse bestehe.

Frau Brederlow antwortet, dass Youthpool von der Stadt zur Förderung vorgeschlagen wird, maßgeblich sei jedoch was hierzu der Jugendhilfeausschuss beschließt. Wenn der Freie Träger Fördermittel von der Stadt erhält ist er auch an die Bedingungen der Stadt gebunden.

Herr Dölle stellt klar, dass er ein Problem mit der Formulierung zur Evaluation nach einem Jahr „im August 2012“ hat, da das einen Vorgriff auf die Förderung 2012 darstellt. Die Evaluation sollte am Ende des Jahres 2011 stattfinden.

Herr Kramer fragt ob es nicht reicht den Fördermittelsachbericht, der sowieso nach Abschluss des Förderzeitraumes zu erarbeiten ist, dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis zu geben. Dann würde man sich viel Aufwand sparen.

Frau Dr. Brock möchte, dass über den Antrag abgestimmt wird. „(im August 2012)“ wird gestrichen.

Der geänderte Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten von Ferienbetreuung und Ferienaktivitäten für Kinder und Jugendliche in der Stadt Halle **zusammen mit den Preisen und Anmeldeformalitäten online übersichtlich zugänglich zu machen. Bis spätestens zu den Sommerferien 2011 werden dazu die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen. Zu prüfen ist dabei insbesondere, ob das Angebot über das Jugendinfoportal der Stadt Halle „Youthpool“ bereitgestellt und über die städtische Homepage verlinkt werden kann.** Die Stadtverwaltung wird beauftragt, über geeignete Öffentlichkeitsarbeit (Newsletter, Amtsblatt) die Anbieter über die Möglichkeit der zentralen Erfassung der Ferienangebote und Familien über das städtische Informationsangebot zu informieren. Nach einem Jahr (~~im August 2012~~) wird das Angebot hinsichtlich Qualität und Inanspruchnahme überprüft und das Prüfergebnis dem Stadtrat vorgelegt.

**zu 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Jugendhilfeplanung
Vorlage: V/2010/09410**

Zum Antrag gab es keine Diskussion.

Der Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Fortschreibung der Jugendhilfeplanung: Teilplanung §§ 11, 13, 14, 16 SGB VIII wird spätestens in der April-Sitzung des Jugendhilfeausschusses als Beschlussvorlage auf die Tagesordnung gesetzt und für die Mai-Stadtratssitzung angemeldet.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 9 **Mitteilungen**

Frau Brederlow informiert zur Babyklappe. Es handelt sich bei dem aktuellen um einen aufgrund des Alters des Kindes ungewöhnlichen Fall. Der Gang an die Öffentlichkeit wurde gewählt um darzustellen, dass es auch andere Lösungswege gibt. Die Stadt hat hier ein umfangreiches Angebot an Beratungs-, Hilfs- und Unterstützungsangeboten.

Frau Dr. Brock macht den Vorschlag das Thema in einer der nächsten Jugendhilfeausschuss sitzungen ausführlicher zu behandeln.

Frau Gellert teilt mit, dass sie sich vom Artikel von Herrn Pfeiffer in der MZ zur Jugendgewalt in Sachsen-Anhalt distanziert. Jugendbegegnungs- und Beratungszentren sind nicht Gewalt fördernd.

zu 10 **Themenspeicher**

Die Thematik Babyklappe wird für die Jugendhilfeausschusssitzung im März mit auf den Themenspeicher gesetzt und im Rahmen der geplanten Berichterstattung Pflegekinderdienst/ Adoptionsvermittlung beraten.

zu 11 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Frau Wiesner fragt zur Hortsituation der behinderten Kinder. Sie habe gehört die Horte sollten zurück in die Zuständigkeit des Kultusministeriums.

Frau Brederlow antwortet, dass sie diese Information nicht hat, dazu wäre eine Änderung des KiFöG notwendig. Allerdings gibt es Absprachen zwischen Kultus- und Sozialministerium was die Hortbetreuung in den Ferien betrifft. Hierzu gibt es eine Bedarfsabfrage in den entsprechenden Schulen. Das entsprechende Schreiben wird dem Protokoll beigelegt.

Herr Trömel merkt an, dass im Themenspeicher der Bericht zur Schulsozialarbeit zu ergänzen ist.

Frau U. Haupt fragt zum Cochemer Modell an.

Frau Brederlow antwortet, dass es den Bericht zum Arbeitskreis „Trennung, Scheidung, Umgang“ in der März Sitzung gibt. Die Bezeichnung Cochemer Modell wird von der Stadt nicht mehr verwendet.

Frau Dr. Brock fragt zum Stand der Bundesinitiative Schwerpunkt-Kitas zur Sprach- und Integrationsförderung nach.

Frau Brederlow antwortet, dass hier 17 Kitas aus der Stadt ans Land gemeldet wurden die aus Sicht des Jugendamtes Priorität haben. Davon werden in einem ersten Projektdurchlauf 8 bis 9 Kitas berücksichtigt.

Frau Wolff fragt an wann denn nun endlich der Haushalt vorgelegt und beraten wird. Wie soll die Umsetzung der Fördermittel erfolgen.

Herr Kogge antwortet, dass der Haushalt am 24. Januar 2011 in Stadtrat eingebracht wird. Die Fördermittelproblematik ist in der Jugendhilfe nicht so stark ausgeprägt, da das nicht die klassischen freiwilligen Aufgaben sind.

Frau U. Haupt fragt, wann der Beschluss zum Fachkräfteprogramm erfolgen soll.

Frau Brederlow antwortet, dass der vorläufige Bescheid des Landes vorliegt und dass der vorzeitige Maßnahmebeginn beim Land beantragt ist. Die Liste mit den aktuellen Planungsüberlegungen gibt es im nichtöffentlichen Teil.

zu 12 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde um 17:45 Uhr beendet.

gez. Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Jan Zwakhoven

Protokollführer